

Niederschrift über die öffentliche Sitzung

Nr. 8/2019

des Gemeinderates von Wartmannsroth am Donnerstag, den 04.07.2019
im Sitzungssaal in Wartmannsroth

Anwesend sind:

vom Gremium:

Erster Bürgermeister Jürgen Karle	(Vorsitzender)
Roland Brönnner	
Christian Kohlhepp	
Astrid Mützel	
Stefan Schottdorf	
Herbert Aul	
Frank Diemer	
Lothar Haas	
Markus Kurz	
Hubert Roth	
Marcus Scholz	
Gabriel Vogt	
Michael Zeller	

entschuldigt:

Joachim Lutz	(Urlaub)
Sebastian Fella	(beruflich verhindert)

von der Verwaltung:

anwesend:

Daniel Görke	(Schriftführer)
--------------	-----------------

Referent:

René Felcht vom Verein Pro Jugend	zu TOP 4
-----------------------------------	----------

Zu Beginn der Sitzung stellt der erste Bürgermeister fest, dass alle Mitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist. Die Beschlussfähigkeit ist damit gegeben. Gegen die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

1. Genehmigung des öffentlichen Sitzungsprotokolls vom 06.06.2019

Das Sitzungsprotokoll wurde dem Gemeinderat vorab zu Kenntnis gegeben. Innerhalb der Vier-Tagesfrist kamen keine Einwände der Gemeinderatsmitglieder, sodass das Protokoll bereits veröffentlicht wurde. Allerdings sind im Nachhinein nun doch ein paar Unrichtigkeiten aufgefallen, die im Protokoll nachträglich korrigiert wurden:

Zu TOP 5:

Hier wurde Ratsmitglied Hubert Roth fälschlicherweise als Hubert Koch bezeichnet. Der Name wurde geändert.

Zu TOP 7:

Hier wurden unter Spiegelstrich 1 einige Begrifflichkeiten verwechselt und unter Spiegelstrich 2 ist die Zuteilung der Wahllokale zu den Wahlbezirken etwas missverständlich. Die korrekte Fassung lautet:

- Aufgrund der anstehenden Kommunalwahl 2020 werden pro **Wahlvorschlag** zwei Personen benötigt, die die Aufstellungsversammlungen für die Nominierung der Kandidaten organisieren (Leitung der Versammlung, Schriftführung, Einladung, etc.). Aufgrund dessen bittet der Erster Bürgermeister Jürgen Karle die Gemeinderatsmitglieder, dass sie sich darum kümmern mögen, zwei Personen je **Wahlvorschlag** zu benennen, die aber nicht kandidieren werden, bis zur nächsten Sitzung mitzuteilen.
- Für die Kommunalwahl 2020 ist geplant, die Gemeinde in drei Wahlbezirke einzuteilen mit folgenden Wahllokalen:
 1. Wartmannsroth: Wartmannsroth, Völkersleier, Heiligkreuz, Heckmühle
 2. Schwärzelbach: Schwärzelbach und Neuwirtshaus
 3. Waizenbach: Waizenbach, Dittlofsroda und Windheim

Beschluss: Der Gemeinderat hat Kenntnis vom Inhalt des öffentlichen Sitzungsprotokolls vom 06.06.2019 und den zwischenzeitlich darin vorgenommenen Änderungen und genehmigt dieses vollinhaltlich und vorbehaltlos.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen einstimmig beschlossen

2. **Antrag auf Baugenehmigung für die Errichtung einer Gaube und Umnutzung des Bürogebäudes in eine Wohneinheit auf dem Grundstück FINr. 91/4, Weinbergstraße 2, Gemarkung Windheim**

Das Bauvorhaben liegt innerhalb des im Zusammenhang bebauten Ortsbereichs in einem allgemeinen Wohngebiet. Die Erschließung ist gesichert. Die Zufahrt erfolgt über den Straßenzug „Weinbergstraße“.

Die Nachbarunterschriften sind vollständig. Es wurden keine öffentlichen Belange festgestellt, die dem Bauvorhaben entgegenstehen.

Beschluss: Der Gemeinderat erteilt sein Einvernehmen zum Antrag auf Baugenehmigung für die Errichtung einer Gaube und Umnutzung des Bürogebäudes in eine Wohneinheit auf dem Grundstück FINr. 91/4, Weinbergstraße 2, Gemarkung Windheim.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen einstimmig beschlossen

3. **Aufstellung des Bebauungsplanes "An der Heiligkreuzer Straße" für den Markt Zeitlofs, Ortsteil Detter; Beteiligung der Gemeinde Wartmannsroth als Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB**

Im Zuge des Anhörungsverfahrens wird die Gemeinde Wartmannsroth als Träger öffentlicher Belange aufgefordert bis zum 12.07.2019 zur geplanten Aufstellung des Bebauungsplanes "An der Heiligkreuzer Straße" für den Markt Zeitlofs, Ortsteil Detter Stellung zu nehmen, falls es hiergegen Einwände gibt.

Die Gemeindeverwaltung sieht keine Belange der Gemeinde Wartmannsroth berührt.

Beschluss: Der Gemeinderat von Wartmannsroth hat keine Einwände gegen die geplante Aufstellung des Bebauungsplanes "An der Heiligkreuzer Straße" für den Markt Zeitlofs, Ortsteil Detter.

Eine Stellungnahme der Gemeinde Wartmannsroth zu den Planungsentwürfen ist nicht erforderlich.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen einstimmig beschlossen

4. **Antrag des Gemeinderatsmitglieds Markus Kurz auf Beratung über einen möglichen Eintritt der Gemeinde Wartmannsroth in den Verein "Pro Jugend im Landkreis Bad Kissingen e.V."**

Auf Antrag des Gemeinderatsmitglieds Markus Kurz beschäftigt sich der Gemeinderat mit einem Eintritt in den Verein „Pro Jugend im Landkreis Bad Kissingen e.V.“. Zu diesem Zweck ist die pädagogische Fachkraft der Geschäftsführung Herr Felcht anwesend sein, um den Verein und seine Arbeit vorzustellen:

Der Verein „Pro Jugend im Landkreis Bad Kissingen e.V.“ wurde im Mai 2010 ins Leben gerufen. Als Anstellungsträger für hauptamtliches Fachpersonal der Jugendarbeit hat er sich die Förderung und Weiterentwicklung gemeindlicher Jugendarbeit in seinen Mitgliedskommunen zum Ziel gesetzt. Auf der Grundlage partnerschaftlichen Zusammenwirkens unter dem „Dach“ des Pro Jugend e.V. gewährleisten der Landkreis und die beteiligten Kommunen Aufgaben auf dem Gebiet der Jugendarbeit in einem individuell erforderlichen und leistbaren Umfang.

Das Fachpersonal des Vereins betätigt sich im Berufsfeld der Gemeindejugendpflege. Neben den klassischen Aufgaben der Jugendsozialarbeit legt der Verein Pro Jugend e.V. sein Augenmerk auf die strukturelle Entwicklung einer Gemeinde für junge Menschen und somit auf die aktive Gestaltung einer jugendgerechten Gemeinde.

Durch die Mitgliedschaft im Verein Pro Jugend im Landkreis Bad Kissingen e.V. stützt sich die Gemeinde mit professionellen Kompetenzen und Knowhow in den vielfältigen Fragen der außerschulischen Kinder- und Jugendbildung, des weiten Feldes der Jugendarbeit und der zukunftsorientierten Kinder-, Jugend- und Familienpolitik aus.

Zentraler Ansatz des Pro Jugend e.V. ist die geplante und koordinierende Entwicklung von Infrastrukturen von Kinder- und Jugendarbeit zu ermöglichen oder zu erhalten, wenn sie schon vorhanden sind. Gemeint ist damit die Erarbeitung und Sicherung des optimalen Zusammenwirkens aller im Gemeinwesen tätigen Organisationen, die mit Jugendlichen arbeiten.

Pro Jugend möchte durch sein bereitgestelltes Fachpersonal Persönlichkeitsentwicklung, soziale Kompetenz und Bildung für alle jungen Menschen in der Gemeinde fördern.

Die Fachlichkeit zeichnet sich durch die Sozialraum- und Lebensweltorientierung aus. Allen Leistungen der Gemeindejugendarbeit sollen sozialräumlich orientierte Analysen vorausgehen, um sicher zu stellen, dass sich die Tätigkeit am Bedarf der jungen Menschen und den lokalen Strukturen der Gemeinde orientiert.

Eine weitere Zielsetzung ist die Prävention als Angebot nach § 11 SGB VIII. Die Arbeit der Gemeindejugendpflege soll zu aller erst präventive Wirkung haben.

Daneben fördern wir den Inklusionsgedanken. Gemeindejugendpflege eröffnet allen Kindern und Jugendlichen im Sozialraum die Chance zur Beteiligung und Teilhabe am Gemeindegeschehen.

Der Verein Pro Jugend im Landkreis Bad Kissingen e.V. möchte positive Lebensbedingungen für junge Menschen schaffen. Die Jugendpflege gestaltet mit vielen anderen Akteuren aktiv die Rahmenbedingungen der Lebensbereiche zwischen Elternhaus, Schule, Ausbildung, Freizeit und Beruf und unterstützt die Kommune bei der Förderung und Erhaltung einer kinder- und familienfreundlichen Umwelt, um somit Jugendliche an ihre Heimat zu binden bzw. sie zu einer Rückkehr in die Heimat zu animieren. Durch die Initiierung von Projekten sollen die Jugendlichen aktiv ins Dorfleben eingebunden werden.

Auf Nachfrage erteilt Herr Felcht der Schaffung eines zentralen Jugendzentrums in der Gemeinde eine Absage. Dies sei nach seiner Erfahrung illusorisch, da die Jugendlichen in ihren Orten gern für sich bleiben. Wie sich eine aktive offene Jugendarbeit in der Gemeinde umsetzen ließe würde er anhand einer Bedarfsabfrage, verbunden mit einer Ist-Analyse zunächst genauer untersuchen wollen, bevor er konkrete Vorschläge unterbreite.

Im Gemeinderat wird allgemein festgestellt, dass mehr für die Jugend getan werden muss, auch wenn einige Vereine schon sehr viel Jugendarbeit leisten. Man stimmt Herrn Felcht allerdings zu, wenn er sagt, dass die klassische Vereinsarbeit im Wandel ist. Jugendliche heutzutage wollen weniger Verbindlichkeit und eher zeitlich begrenztes Angebot anstatt ganzjährig 2-3 Mal pro Woche verbindlich in einem Verein zu sein. Hier möchte er eine zeitgemäße Alternative schaffen, ohne dabei mit den Vereinen, die wertvolle Arbeit leisten, in Konkurrenz zu treten. Auf Nachfrage beziffert er den wöchentlichen Bedarf für die Unterstützung durch Pro Jugend in der Gemeinde auf ca. 14 Stunden pro Woche.

Bürgermeister Karle dankt Herrn Felcht für seinen informativen und aufschlussreichen Vortrag. Er schlägt vor heute noch keine Entscheidung über einen Eintritt der Gemeinde zu treffen sondern die Infos erst einmal zu verarbeiten und sich in Ruhe über weitere Schritte Gedanken zu machen.

5. Vergabe des Auftrags für die Dachsanierung am Schützenhaus in Völkersleier

Für die Sanierung des Daches am Schützenhaus in Völkersleier wurden 8 Firmen zur Angebotsabgabe aufgefordert. Von 3 Firmen wurde ein Angebot abgegeben. Schon während der Ausschreibung wurde von Firmen darauf hingewiesen, dass bei Erledigung des Auftrags gemäß Leistungsverzeichnis keine fachgerechte Ausführung gewährleistet ist, weil das Leistungsverzeichnis fehlerhaft ist.

Das Leistungsverzeichnis wurde nochmals überarbeitet und die 3 Firmen, die schon ein Angebot abgegeben hatten, wurden nochmals um die Abgabe eines Angebots gebeten. Von diesen Firmen haben zwei Firmen erneut ein Angebot abgegeben.

Günstigster Bieter ist die Firma Rösser aus Hammelburg mit einem Angebotspreis von 32.390,97 Euro. Das Angebot liegt somit knapp 8 % unter dem Angebotspreis des nächsten Bieters.

Beschluss: Der Gemeinderat von Wartmannsroth vergibt den Auftrag für die Sanierung des Daches am Schützenhaus in Völkersleier an die Fa. Rösser gemäß Angebot vom 01.07.2019 zu einer Auftragssumme von 32.390,97 Euro.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen **einstimmig beschlossen**

6. Einheitliche Festlegung der Bauverpflichtung im Gemeindegebiet Wartmannsroth

Beim Kauf eines Bauplatzes in der Gemeinde Wartmannsroth sind die Erwerber verpflichtet, innerhalb von bisher 4 oder 5 Jahren ab Kaufvertragsdatum auf dem Vertragsgrundstück ein Wohnhaus, mindestens im Rohbau (einschließlich Dacheindeckung) zu errichten.

Für den Fall, dass der Erwerber seiner Verpflichtung innerhalb der genannten Frist nicht nachkommt, hat die Gemeinde das Recht den Vertragsbesitz zurückzuerwerben. Die Rückübertragung hat zu den Bedingungen des Kaufvertrags, insbesondere zum vereinbarten Kaufpreis zu erfolgen.

Da in der Vergangenheit unterschiedliche Bauverpflichtungen von 4 oder 5 Jahren in den Urkunden festgelegt worden sind, ist ein Beschluss über eine einheitliche Bauverpflichtung sinnvoll.

In den Nachbargemeinden sind Bauverpflichtungen von 2 oder 3 Jahren festgesetzt. Da 2 Jahre recht knapp kalkuliert sind, wird von der Verwaltung empfohlen für die Gemeinde Wartmannsroth eine Bauverpflichtung von 3 Jahren festzulegen.

Der Gemeinderat schließt sich dem Vorschlag an und spricht sich darüber hinaus noch dafür aus, dass im Falle einer Rückübertragung auch alle Kosten vom vormaligen Erwerber zu tragen sind.

In der bisherigen Praxis werden die Grundstückseigentümer ein Jahr vor Ablauf der Frist für die Bauverpflichtung angeschrieben und auf den Fristablauf aufmerksam gemacht. Im Gemeinderat wird darüber diskutiert, ob man nach Ablauf der Frist nochmals eine Frist setzen sollte bis die Rückübertragung tatsächlich durchgeführt wird. Mehrheitlich wird der Vorschlag jedoch abgelehnt. Auch der Vorschlag in jedem Fall eine Rückübertragung vorzunehmen findet keine Mehrheit. Eine Rückübertragung soll nur im konkreten Bedarfsfall angegangen werden, wenn also entweder ein anderer Bauwerber da ist oder die Gemeinde ein spezielles Interesse hat das Grundstück wieder dem Markt zuzuführen.

Beschluss: Der Gemeinderat von Wartmannsroth legt für gemeindeeigene Bauplätze im Gemeindegebiet Wartmannsroth eine einheitliche Bauverpflichtung innerhalb von 3 Jahren ab Beurkundung des Kaufvertrags fest. Danach ist die Gemeinde berechtigt das Grundstück zu den gleichen Konditionen zurückzuerwerben. Die Kosten für die Rückübertragung sind dann vom vormaligen Erwerber zu tragen.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimmen **mehrheitlich beschlossen**

7. Abschluss einer Zweckvereinbarung mit dem Landkreis Bad Kissingen zur Einrichtung eines kommunalen Netzwerks für Datensicherheit

Zum Zweck der Bündelung von Aufgaben, Kompetenzen und Knowhow soll zur Errichtung eines kommunalen Netzwerks für Datensicherheit eine Zweckvereinbarung zwischen den Gemeinden und dem Landkreis Bad Kissingen geschlossen werden. Nähere Informationen sind in der Präambel des beigefügten Entwurfs angeführt.

Beschluss: Der Gemeinderat stimmt dem Abschluss der Zweckvereinbarung "*Einrichtung eines kommunalen Netzwerks für Datensicherheit zur Gewährleistung des Datenschutzes und der Informationssicherheit für den Landkreis Bad Kissingen und dessen kreisangehörige Städte, Märkte und Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften*" zu und genehmigt die dafür benötigten finanziellen Mittel.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen **einstimmig beschlossen**

8. **Abschluss einer Zweckvereinbarung "Digitalisierung - Breitband und Mobilfunk" mit dem Landkreis Bad Kissingen**

Zur Bündelung der Aufgaben und Kompetenzen im Ausbau der Breitbandversorgung und des Mobilfunks in allen Gemeinden des Landkreises soll eine Zweckvereinbarung zwischen den Kommunen und dem Landkreis geschlossen werden. Ein Entwurf der Zweckvereinbarung ist als Anlage beigefügt. Alle weiteren Erklärungen ergeben sich aus der Präambel dieser Vereinbarung.

Beschluss: Der Gemeinderat stimmt dem Abschluss der Zweckvereinbarung "*Digitalisierung - Breitband und Mobilfunk*" mit dem Landkreis Bad **zu** und genehmigt die dafür benötigten finanziellen Mittel.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen **einstimmig beschlossen**

9. **Anfrage zur aktuellen Platzsituation in den beiden Kindergärten in der Gemeinde**

Gemeinderatsmitglied Gabriel Vogt möchte Informationen zur aktuellen Platzsituation in den beiden Kindergärten. Er habe Informationen, dass beide Kindergärten voll seien und bereits eine Warteliste besteht. Bei der aktuellen Kindersituation sei keine Verbesserung zu erwarten. Er möchte hierzu die Einschätzung der Kindergartenführung, bzw. wissen, wie man dem Problem entgegen wirken könne.

In seiner Funktion als erster Vorsitzender des Kindergartenvereins erläutert Bürgermeister Karle die Situation. Beide Kindergärten seien voll belegt. Insgesamt stünden derzeit 5 Kinder auf der Warteliste für einen Krippenplatz. Der Kindergartenverein wolle die Situation lösen, indem entsprechend entwickelte Kinder aus der Krippe bereits mit 2,5 Jahren als Regelkinder im Kindergarten aufgenommen werden. Es sei richtig, dass derzeit Plätze von sog. Gastkindern, also Kindern von außerhalb der Gemeinde, belegt werden. Man habe es seitens des Kindergartenvereins jedoch als unsozial empfunden diese Kinder aus dem Kindergarten und ihrer Gruppe zu verweisen, indem man ihnen keinen Vertrag mehr anbietet. Für die Zukunft werde man natürlich sehr genau überlegen müssen, ob man noch Gastkinder aufnehmen könne aber zum damaligen Zeitpunkt der Aufnahme sei man froh gewesen, dass der Kindergarten ausgelastet wird. Außerdem müsse man dazu sagen, dass die Eltern, deren Kinder jetzt auf der Warteliste stehen, ihren Bedarf nicht rechtzeitig angemeldet hatten. Dennoch werde sich die Situation sehr bald auflösen und den Kindern könne ein Betreuungsplatz zur Verfügung gestellt werden.

10. **Anfrage zur Situation der Dorferneuerungsmaßnahmen in Dittlofsroda**

Gemeinderatsmitglied Gabriel Vogt fragt aufgrund vermehrter Nachfragen von Bürgern aus Dittlofsroda an, wie es bezüglich der Maßnahmen der Dorferneuerung in Dittlofsroda aussieht. Die Bürger aus Dittlofsroda, die sich zu Beginn der Dorferneuerung sehr stark in den Arbeitskreisen engagiert haben, hätten kein Verständnis dafür, dass jetzt schon eine zweite Maßnahme in Schwärzelbach angedacht sei und in Dittlofsroda bisher nichts dergleichen geplant sei. Zumal bei den Arbeitskreisen aus Schwärzelbach nahezu niemand mitgearbeitet hätte. Obwohl er die angedachte Maßnahme in Schwärzelbach für sinnvoll hält, wäre es an der Zeit, dass auch Dittlofsroda mal zum Zuge käme. Ein gewisser Unmut der Bürger aus Dittlofsroda sei deshalb für ihn nachvollziehbar.

Bürgermeister Karle äußert Verständnis für den Unmut in Dittlofsroda. Er selbst habe bereits mehrfach beim Amt für Ländliche Entwicklung angeregt die Dorferneuerungsmaßnahme in Dittlofsroda anzugehen. Jedoch sei diese Bitte wiederholt abgewiesen worden, mit der Begründung, dass nicht zu viele Maßnahmen gleichzeitig laufen dürften, da man sonst im Amt und bei den Planern den Überblick verliere. Er empfiehlt, dass die Dittlofsrodaer Mitglieder der Teilnehmergemeinschaft dieses Thema in der nächsten Sitzung der Teilnehmergemeinschaft ansprechen sollten.

An dieser Stelle beklagt Ratsmitglied Herbert Aul eine ähnliche Situation in Windheim. Auch hier geschehe seit Jahren nichts und man warte sehnsüchtig, dass die Dorferneuerungsmaßnahme am Klingebach endlich anlaufe.

Geschäftsleiter Daniel Görke stellt jedoch klar, dass dies so nicht ganz stimmt. Zwar laufe in Windheim keine Dorferneuerungsmaßnahme aber man sei am Thema „Klingenbach“ dran. Er erinnert daran, dass entschieden wurde die Renaturierung des Klingenbachs als Maßnahme der Wasserwirtschaft umzusetzen weil es hier eine deutlich höhere Förderung gäbe. Grundlage hierfür sei eine Gewässerstrukturkartierung, die zusammen mit der Stadt Hammelburg in Auftrag gegeben worden sei und Anfang des Jahres fertig gestellt und dem Gemeinderat vorgestellt wurde. Im nächsten Schritt sei nun ein Umsetzungskonzept zu erarbeiten, mithilfe dessen die Maßnahme dann auch konkret umgesetzt würde. Hierzu habe erst in dieser Woche eine Infoveranstaltung der Regierung von Unterfranken in Würzburg stattgefunden, an der er teilgenommen habe. Auch erste Gespräche mit der Stadt Hammelburg zwecks einer gemeinsamen Umsetzung seien bereits geführt worden.

11. Einstellung einer interkommunalen Archivkraft und Schaffung eines Gemeindeübergreifenden Zentralarchivs für die Kommunen der Allianz Fränkisches Saaletal e. V.

Ein grundlegendes Ziel der Kommunalen Allianz Fränkisches Saaletal e. V. ist die Stärkung der Verwaltungskooperation in den neun Mitgliedsgemeinden. Um diese Zusammenarbeit auszubauen, beabsichtigt die Allianz eine interkommunale qualifizierte Archivfachkraft einzustellen sowie die kommunalen Archive zu zentralisieren. Eng eingebunden ist Kreisarchivpfleger Roland Heinlein, der das Vorhaben der Allianz fachlich begleiten und unterstützen wird.

Obwohl es sich bei der Archivpflege um eine kommunale Pflichtaufgabe handelt, wurde diese in den vergangenen Jahren in den Gemeinden aus Kapazitätsgründen eher untergeordnet bearbeitet. Eine gemeindeübergreifende qualifizierte Fachkraft kann hier Entlastung für die Gemeinden in diesem Aufgabenfeld schaffen. Die Geschäftsleitungen und die für die kommunalen Archivarbeiten Beschäftigten sehen eine große Notwendigkeit in der Einstellung einer qualifizierten Fachkraft, wenngleich Organisation, Zustand der Archive und die aktuelle Situation der vorhandenen Archiv-Räumlichkeiten vor Ort jeweils unterschiedlich sind. Auch mit der Einstellung einer gemeinsamen Archivkraft ist die Zuarbeit durch die vorhandenen kommunalen Archivkräfte sicherzustellen.

Die qualifizierte Fachkraft kann entweder bei einer federführenden Gemeinde oder beim Verein Allianz Fränkisches Saaletal e. V. angestellt werden. Die Allianzkommunen übernehmen einen Kostenanteil lt. satzungsgemäßigem Verteilerschlüssel.

Die interkommunale Archivkraft soll entsprechende Qualifikationen vorweisen. Hier kommt das Berufsbild des „Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste“ (Fachrichtung: Archiv) in Frage. Unter der Annahme einer Vergütung in der Entgeltgruppe 7 Stufe 5 TVöD (bzw. bei einer Anstellung beim Verein in Anlehnung an den TVöD), einer durchschnittlichen Gehaltskostensteigerung von 3% p. a. und einem Sachkostenansatz i. H. v. 6.000 € jährlich, entstehen den Kommunen Kosten i. H. von ca. 210.000 € in fünf Jahren (Mindestprojektlaufzeit bei einer Förderantragsstellung über das Programm „Interkommunale Zusammenarbeit“).

Für die Einstellung der qualifizierten Fachkraft beabsichtigt die Allianz, eine Förderung über das Förderprogramm „Interkommunale Zusammenarbeit“ des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr zu beantragen. Zuständig sind die jeweiligen Bezirksregierungen. Eine Anfrage bei der Regierung von Unterfranken hat ergeben, dass das angestrebte interkommunale Kooperationsprojekt lt. „Richtlinie für Zuwendungen des Freistaates Bayern zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit“ grundsätzlich förderfähig wäre. Da das Allianzgebiet in einem Teilraum mit besonderem Handlungsbedarf entsprechend dem LEP liegt, kann die Zuwendung bis zu 90.000 € beantragen, wenn das

Vorhaben mindestens für fünf Jahre angelegt ist und eine Einsparung der personellen und sächlichen Ausgaben von mind. 15% erzielt wird.

Unter der Annahme des Höchstförderbetrags i. H. v. 90.000 € betragen die kommunalen Anteile ca. 210.000 € in fünf Jahren (ca. 42.000 €/Jahr). Für die Gemeinde bedeutet dies jährliche Kosten von knapp 4.000 Euro.

Parallel zur Einstellung der qualifizierten Archivfachkraft wurde von den Geschäftsleitungen der Allianz ein interkommunales Zentralarchiv mit den entsprechenden Voraussetzungen für die Verwahrung der Unterlagen erörtert. Da die Kommunen häufig ein Platzproblem haben, wird es in absehbarer Zukunft ohnehin zu räumlichen Umbrüchen in den Kommunalarchiven kommen (müssen). Es ist daher ein günstiger Zeitpunkt, eine Zentralisierung der Kommunalarchive anzugehen. Objekte, z. B. leerstehende Lagerhallen, die für den Zweck eines interkommunalen Zentralarchivs potenziell geeignet sein könnten, stünden lt. Informationen der Geschäftsleitungen aktuell in Oberthulba und Hammelburg zur Verfügung. Entsprechende Einbauten (z. B. Rollschränke, Klimagerät) sind als Grundlage für eine angemessene Verwahrung vorzusehen. Ein weiterer Vorteil eines Zentralarchivs liegt darin, dass die einzustellende Archivfachkraft ihren Arbeitsplatz in dieser gemeinsamen Immobilie hat und somit Fahrten in die einzelnen Gemeinden entbehrlich werden. Im Falle von Archivanfragen (derartige Anfragen kommen außer in der Stadt Hammelburg allerdings eher selten vor), ist dann von den kommunalen Archivbetreuern das Zentralarchiv aufzusuchen.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Einstellung einer gemeinsamen interkommunalen Archivkraft (Mindestqualifikation: Fachangestellter/e für Medien- und Informationsdienste) durch die Allianz Fränkisches Saaleetal e. V., vorbehaltlich der Förderung über das Programm „Interkommunale Zusammenarbeit“ zu. Der Gesamtkostenrahmen für Personal- und Sachkosten liegt bei ca. 210.000 € bei einer Laufzeit von fünf Jahren. Zur Finanzierung soll von der Allianz eine Förderung bei der Regierung von Unterfranken über das Förderprogramm „Interkommunale Zusammenarbeit“ des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr beantragt werden. Den Eigenanteil tragen die Kommunen gemeinsam nach dem satzungsgemäßen Finanzierungsschlüssel.

Es soll zudem angestrebt werden, dass die Allianzgemeinden ihre Kommunalarchive in ein interkommunales Zentralarchiv verlagern. Vom Gemeinderat wird zugestimmt, dass das Allianzmanagement, zusammen mit dem Kreisarchivpfleger und den Verwaltungen die weiteren Schritte erörtert (z. B. Auswahl bzw. Prüfung geeigneter Objekte).

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen

einstimmig beschlossen

12. Verschiedenes

- Am 23.07.2019 wird den Ratsgremien um 19.00 Uhr im Gasthaus Brust in Obererthal das Ergebnis eines Workshops zur weiteren Entwicklung der touristischen Arbeitsgemeinschaft „Frankens Saalestück“ vorgestellt. Bürgermeister Karle weist auf die Wichtigkeit des Termins für die Entwicklung der touristischen Ambitionen der Gemeinde hin und bitte die Ratsmitglieder um zahlreiche Teilnahme.
- Die von Astrid Mützel bei der letzten Sitzung gemeldete Unterspülung in Heiligkreuz wurde beseitigt.
- Astrid Mützel erinnert an die Instandsetzung der Tischtennisplatte in Heckmühle. Hierfür ist der Auftrag schon lange erteilt, so Geschäftsleiter Daniel Görke. Er wird sich nochmals bei der ausführenden Firma nach dem Sachstand erkundigen.
- Wegen der Ableitung von Oberflächenwasser im Bereich Urles/ Ellenberg hat ein Ortstermin stattgefunden. Zweiter Bürgermeister Brönnert hat mit dem beauftragten Büro Kirchner weitere Möglichkeiten der Ableitung erörtert, nachdem die bisherigen Varianten am notwendigen Grunderwerb gescheitert sind. Das Büro arbeitet die besprochene Lösung derzeit aus.

- Christian Kohlhepp regt eine Sanierung des Spielplatzes im Baugebiet „Urles“ an. Der Bürgermeister sagt einen Ortstermin zu.
- In der Nähe der Windheimer Kläranlage sei wohl ein Rohr verstopft meldet Herbert Aul. Auf dem Weg nach Diebach stünde ständig Wasser. Hierbei handele es sich wohl eher um austretendes Schichtenwasser, so Geschäftsleiter Daniel Görke. Dies sei ihm von Windheimer Bürgern so erklärt worden. Der Bauhof soll der Sache auf den Grund gehen.
- Ratsmitglied Marcus Scholz weist darauf hin, dass es beim Amt für ländliche Entwicklung umfangreiche Fördermöglichkeiten gibt und bittet die Ratsmitglieder hierfür Werbung zu machen. Bürgermeister Karle erklärt, dass hierzu bereits seit geraumer Zeit entsprechende Infos auf der Homepage der Gemeinde zu finden sind.

Vorsitzender

Schriftführer

Ende der öffentlichen Sitzung. TOP 13 wird nichtöffentlich behandelt.